

Antworten der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) auf die Wahlprüfsteine des Deutschen Naturschutzrings zur Europawahl am 26.05.2019

1. Demokratisierung und Nachhaltigkeit

Die Europäische Union (EU) muss sich schnell und konsequent auf den Weg hin zu einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten machen.

a. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Prioritäten der EU konsequent an den UN-Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet werden und die EU verbindliche Maßnahmen beschließt, um die Ziele bis 2030 zu erreichen?

Antwort der ÖDP: Seit 1980 verbraucht die Menschheit Jahr für Jahr mehr Ressourcen, als die Erde zur Verfügung stellen kann. Wenn im Jahr 2050 alle Menschen weltweit den Lebensstil der heutigen reichen Länder kopieren wollten, benötigten wir die Ressourcen von drei Erden. Dennoch ist die gegenwärtige Politik nach wie vor vom Streben nach grenzenlosem Wirtschaftswachstum geprägt. Sämtliche etablierten Parteien haben dieses Ziel in ihren Programmen festgeschrieben. Die ÖDP hingegen ist seit jeher der Überzeugung, dass unsere begrenzte Erde kein grenzenloses Wachstum verträgt. Deshalb stehen wir für eine Umkehr hin zu einer für Menschheit und Natur verträglichen Wirtschaftsweise und fordern wirkungsvolle gesetzliche Regelungen. Deshalb unterstützen wir die These des DNR ausdrücklich!

b. Das Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU verhindert progressive Politik. Werden Sie auf die Abschaffung der Einstimmigkeit für fiskalische Aspekte im Rat hinwirken, um die EU handlungsfähiger zu machen?

Antwort der ÖDP: Ja, denn das andauernde Einstimmigkeitsprinzip bremst die EU aus. Ein Beispiel wäre die Steuerpolitik und hier das nötige Austrocknen von "Steueroasen", wie z.B. in Luxemburg oder Irland. Diese aber blockieren allzu oft Maßnahmen gegen Steuerdumping. Daher sollten für bestimmte Politikfelder in der EU in Zukunft das Mehrheitsprinzip gelten oder gleich das EU-Parlament entscheiden. Dies gilt aus Sicht der ÖDP jedoch nicht für die Außenpolitik, bei der wir eine große Einigkeit benötigen.

c. Werden Sie sich für die konsequentere Umsetzung der Aarhus-Konvention einsetzen und sich den Versuchen einiger Mitgliedstaaten entgegenstellen, öffentliche Partizipation besonders auch in Umweltfragen einzuschränken?

Antwort der ÖDP: Ja, denn für die ÖDP sind Volksentscheide, Bürgerbeteiligungen, Transparenz und Verbandsklagerechte wichtige Instrumente Fortschritte in der Umweltpolitik zu erreichen. Dies sieht man am Beispiel des von der ÖDP erfolgreich initiierten Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ in Bayern.

2. Klima und Energie

Mit dem letzten Dürresommer hat die Klimakrise auch im Bewusstsein der Menschen endgültig Europa erreicht: Ernteschäden, Kraftwerke, denen Kühlwasser fehlte, eine Binnenschifffahrt, die auf dem Trockenen lag und Waldbrände waren die Folgen. Was wird Ihre Partei dafür tun, um die internationalen Vereinbarungen des Pariser Klimaschutzabkommens einzuhalten?

a. Werden Sie die Forderung nach einer treibhausgasneutralen EU bis spätestens 2050 unterstützen und einer entsprechenden nötigen Verschärfung des europäischen Emissionsreduktionsziels auf mindestens 55 Prozent bis 2030 zustimmen?

Antwort der ÖDP: Die ÖDP möchte, dass der Umbau der Energiesysteme auf dezentrale erneuerbare Energien in Bürgerhand als Beitrag zur CO₂-Reduzierung schnell umgesetzt wird. Das Ende der Förderung fossiler Ressourcen soll bis spätestens 2035, bei Braunkohle bereits bis 2025 erfolgen. Im Verkehrsbereich müssen ebenfalls bei Autos, Schiffen und Flugzeugen deutlich größere Anstrengungen zur Reduzierung der Schadstoffe sowie des CO₂ unternommen werden. Die ÖDP

fordert die Einführung einer differenzierten CO₂-Steuer. Deshalb unterstützt die ÖDP die Forderung des DNR.

b. Setzen Sie sich für einen effektiven und sozial gerechten CO₂-Mindestpreis ein?

Antwort der ÖDP: Ja, siehe Antwort zu 2a. Außerdem verweisen wir auf die Steuerreform der ÖDP für Arbeit und Umwelt. <https://www.oedp.de/programm/bundesprogramm/>

c. Setzen Sie sich im Sinne einer nachhaltigen Verkehrswende für eine Reduktion des Flugverkehrs durch eine europaweite Besteuerung von Flugbenzin und Flugtickets ein?

Antwort der ÖDP: Die ÖDP setzt sich schon sehr lange für dieses Ziel ein. Im EU-Programm fordern wir daher eine Kerosin- und Flugbenzinbesteuerung, Nachtflugverbot von 20-6 Uhr, keine EU-Subventionierung für Neu- und Ausbau von Flughäfen. Ferner müssen Inlandsflüge auf die Schiene verlagert werden.

3. Ressourcen und Kreislaufwirtschaft

Unser wachsender Ressourcenverbrauch geht mit erheblichen ökologischen Belastungen wie dem Verlust der Artenvielfalt, der Belastung der Gewässer sowie steigenden Treibhausgasemissionen einher. Die EU muss deshalb die Vorreiterinnenrolle für eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft einnehmen.

a. Setzen Sie sich für verbindliche Reduktionsziele für den Rohstoffverbrauch pro Einwohner*in sowie für fiskalpolitische Instrumente ein, z.B. eine Materialinputsteuer, um den absoluten Ressourcenverbrauch in der EU zu senken?

Antwort der ÖDP: Der Ressourcenverbrauch soll im Rahmen einer Ökologisch-sozialen Steuerreform besteuert werden. Auch der Verbrauch ist bei Produkten zu deklarieren: Alle Hersteller und Anbieter von Waren und Dienstleistungen werden gesetzlich verpflichtet, den Ressourcenverbrauch der jeweiligen Produkte detailliert auszuweisen. Dies hat auf eine Weise zu geschehen, dass die Konsumenten sich leicht und ohne Umstände informieren können

b. Setzen Sie sich gemäß der europäischen Abfallhierarchie für eine stärkere Verankerung von Reparierbarkeit und Wiederverwendung in der EU-Ökodesignrichtlinie ein?

Antwort der ÖDP: Das politische Ziel der ÖDP ist es Elektronikschrott zu bekämpfen, durch eine gesetzliche Mängelhaftung für Haushaltsgeräte, Informations- und Unterhaltungselektronik sowie technisch-mechanische Geräte europaweit von 2 auf 5 Jahre zu verlängern. Dabei ist die Beweislastumkehr auf mindestens 2 Jahre auszudehnen. Die Reparierbarkeit von Geräten (Beispiel: verklebte Batterien) soll verbessert werden. Zudem benötigen wir Standards für ein Anti-Verschleiß-Management, bei dem es um die Haltbarkeit und Austauschbarkeit von Teilen geht.

c. Werden Sie sich für die Abschaffung umwelt- und klimaschädlicher Subventionen und für die Einführung von Verursacherabgaben einsetzen?

Antwort der ÖDP: Wir stehen für die Beendigung versteckter Subventionen wie kostenlose Emission von Schadstoffen in Luft, Wasser und Böden, von Licht und Lärm in die Umwelt. Nur Kostenwahrheit in diesem Bereich schafft faire Wettbewerbsbedingungen für verantwortlich wirtschaftende Unternehmen. Ferner fordert die ÖDP die Beendigung von Subventionen für gesundheitsschädigende und umweltbelastende Techniken. In der Landwirtschaft wollen wir die Koppelung der Subventionen an eine ökologische Wirtschaftsweise.

4. Landwirtschaft

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss das Instrument sein, das eine nachhaltige, ökologische und sozial gerechte Landwirtschaft in Europa ermöglicht. Nach dem Prinzip „öffentliche Gelder nur für öffentliche Leistungen“ muss sie den Schutz von Natur, Biodiversität, Klima, Boden, Luft, Wasser und Tieren sicherstellen und somit auch dazu beitragen, die Ziele zu erreichen, zu der sich die EU verpflichtet hat.

a. Setzen Sie sich für eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik ein, die die Leistungen einer bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft deutlich stärker honoriert, artgerechte Tierhaltung fördert und umweltschädliche Subventionen beendet?

Antwort der ÖDP: Unser Ziel ist eine bäuerliche, ökologische Landwirtschaft mit weitgehend regionaler Vermarktung statt Weltmarktorientierung. Die ÖDP fordert z.B. die Koppelung der Subventionen an eine ökologische Wirtschaftsweise, und die Begrenzung der Tierhaltung durch Bindung an die hofnahe Fläche, das bedeutet maximal 2 Großvieheinheiten (GV) pro Hektar. Darüber hinaus sollen die Landwirte stärker für den Einsatz im Artenschutz finanziell unterstützt werden.

b. Unterstützen Sie eine deutliche Senkung des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft und grundlegende Reformen des Systems der Risikobewertung, Zulassung und Kontrolle von Pestiziden?

Antwort der ÖDP: Die ÖDP fordert seit langem ein Verbot von Glyphosat und anderen Totalherbiziden, da sie negative gesundheitliche Auswirkungen für Mensch, Tier und Natur haben. Daher darf dies in der EU nicht mehr zugelassen sein.

c. Werden Sie für die Erhaltung des EU-Gentechnikrechts und die Regulierung neuer Gentechnikverfahren sorgen, um Vorsorgeprinzip und Wahlfreiheit zu gewährleisten?

Antwort der ÖDP: Ja, denn die ÖDP setzt sich grundsätzlich für ein Verbot der Agro-Gentechnik und von Patenten auf Leben ein. Ferner fordern wir ein Verbot von Anbau und Import gentechnisch veränderter Pflanzen und Lebensmittel. Zudem fordert die ÖDP ein striktes Verbot der Forschung an Embryonen und der genetischen Veränderung der Keimbahn, dazu gehört für uns auch die neue Methode Crispr/Cas9.

5. Naturschutz und Biodiversität

In Europa sind fast ein Viertel aller wildlebenden Tierarten gefährdet oder vom Aussterben bedroht. Lediglich für die Hälfte der zum Schutz gefährdeter Arten und Habitate eingerichteten Natura-2000-Schutzgebiete existieren Bewirtschaftungspläne mit Erhaltungszielen und -maßnahmen. Die EU hat sich verpflichtet, den Biodiversitätsverlust und die Verschlechterung der Ökosysteme und ihrer Leistungen bis 2020 zu stoppen sowie geschädigte Ökosysteme soweit wie möglich wiederherzustellen. Diese Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie wird die EU allerdings nicht erreichen.

a. Stehen Sie dafür ein, dass die EU mehr Anstrengungen unternimmt, um den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen und insbesondere der mangelnden Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie in den Mitgliedstaaten zu begegnen?

Antwort der ÖDP: Die ÖDP fordert hierzu die drastische Reduzierung der Flächenversiegelung und mehr Einsatz für den Artenschutz. Die EU-Agrarpolitik ist auf Natur-, Klima- und Umweltschutz sowie auf Artenvielfalt und Tierschutz ausrichten. Das Insektensterben ist zu stoppen. Darüber hinaus verweisen wir nochmals auf das von der ÖDP ausgearbeitete, erfolgreiche Volksbegehren „Rettet die Bienen“ in Bayern, dessen Ergebnisse als „Blaupause“ für die Gesetzgebung anderer Bundesländer, in den EU-Mitgliedsstaaten sowie auf EU-Ebene fungieren können.

b. Setzen Sie sich für die Erhaltung der Wasserrahmenrichtlinie und deren vollständige Umsetzung in allen Mitgliedstaaten ein?

Antwort der ÖDP: Ja, diese Richtlinie muss in allen Mitgliedsstaaten vollständig umgesetzt werden. Wir wollen darüber hinaus Minimierung des Schadstoffeintrages in Bäche und Flüsse durch Abbau der intensiven Landwirtschaft (Reduzierung übermäßiger Gülleausbringung), durch ausreichend breite Uferschutzstreifen, durch strengere Überwachung und Veröffentlichung des Zustandes der Abwässer aus Industriebetrieben.

c. Unterstützen Sie eine zweckgebundene Naturschutzfinanzierung in Höhe von 15 Milliarden Euro, um das Schutzgebietsnetz Natura 2000 und weitere biodiversitätssichernde Maßnahmen zu finanzieren?

Antwort der ÖDP: Ja, die ÖDP und ihre EU-Abgeordneten wir die zweckgebundene Naturschutzfinanzierung unterstützen.

6. Umwelt und Gesundheit

Die Gefahr von Schadstoffen für die Umwelt und die menschliche Gesundheit ist eine der großen Herausforderungen, die wir dringend in Angriff nehmen müssen. Gefährliche Stoffe in Produkten müssen konsequent nach dem Vorsorgeprinzip reguliert werden und dürfen nicht in den Recyclingkreislauf gelangen. Die an der Wirtschaftskette Beteiligten, inklusive Verbraucher*innen, müssen Zugang zu allen wichtigen Informationen über die verwendeten Materialien bekommen.

a. Setzen Sie sich für eine strikte Beibehaltung des Verursacher- und des Vorsorgeprinzips und einer entsprechend konsequenten Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung REACH ein?

Antwort der ÖDP: Die geplanten Freihandelsabkommen, wie z.B. TTIP oder CETA, gefährden nach einem Gutachten von Foodwatch die strikte Beibehaltung des Verursacher- und des Vorsorgeprinzips und die entsprechende konsequente Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung REACH. Das in der Europäischen Union geltende Vorsorgeprinzip ist nicht explizit in den Vertragsentwürfen verankert und deshalb wird dadurch die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger gefährdet. Siehe dazu auch: <https://klaus-buchner.eu/mdep-buchner-kommentiert-foodwatch-gutachten-zu-freihandelsvertraegen/>. Auch aus diesen Gründen lehnt die ÖDP diese sogenannten „Freihandelsabkommen“ ab.

Auch bei der Einführung neuer Mobilfunkstandards wie „5G“ fordern wir die strikte Einhaltung des Vorsorgeprinzips ein. Mit Sorge erfüllen uns daher Aussagen z.B. des Bundesamtes für Strahlenschutz, nach denen gerade die Auswirkungen der 5G-Technologie auf Mensch und Tier bisher nicht ausreichend untersucht worden sind.

b. Engagieren Sie sich für eine am Vorsorgeprinzip ausgerichtete Regulierung von hormonschädlichen Stoffen in verbrauchernahen Produkten?

Antwort der ÖDP: Die ÖDP steht grundsätzlich in allen Bereichen für das Vorsorgeprinzip, erst recht, wenn es die Gesundheit der Menschen betrifft. Daher unterstützen wir die Forderung des DNR in der nächsten Wahlperiode des Europäischen Parlaments.

c. Setzen Sie sich dafür ein, dass Produkte nur solche Stoffe enthalten, die eine für Mensch und Umwelt gefahrlose Wiederverwendung von Materialien ermöglicht?

Antwort der ÖDP: Ja, das tun wir. Siehe dazu auch unsere Antworten zur Frage 6a und 3b.

Mainz, den 20.04.2019

Dr. Claudius Moseler,
ÖDP-Generalsekretär